

## **Anfrage zum Stand der Umsetzung der Beschlüsse des Kantonsrates in Zusammenhang mit den Beratungen zum IFAP (B 69a) vom 25. Mai 2009**

eröffnet am 14. September 2009

Der Kantonsrat hat bei den Beratungen zum IFAP vier Bemerkungen zuhanden der Regierung überwiesen. Eine davon betrifft die Infrastrukturinvestitionen; namentlich die Positionen 030 Sentimatt, Gesamtsanierung; 037 ZHB Luzern, Sanierung und Erweiterung; 032 HSLU Technik und Architektur, Fassadensanierung; 063 Zivilschutzzentrum Sempach, Umbau ins Sicherheitszentrum.

Mit Erstaunen kann festgestellt werden, dass die Arbeiten trotz anders lautenden Aufträgen seitens der Legislative weitergeführt werden.

Der Kantonsrat als oberste gesetzgebende Behörde des Kantons Luzern hat Weisungen erlassen, welche von der Regierung nicht beachtet werden. Dies ist ein klarer Verstoß gegen geltende Gesetze.

Wir stellen daher folgende Fragen:

1. Wieso wurden die Arbeiten nicht gestoppt?
2. Wie setzt die Regierung Beschlüsse des Kantonsrates um?
3. Wieso wurde der Kantonsrat, namentlich die PFK, nicht über diese weiterführenden Arbeiten in Kenntnis gesetzt?
4. Wie steht der Regierungsrat zur verfassungsmässigen Kompetenzordnung, und wie setzt er diese in der Verwaltung durch?
5. Welche Vorkehrungen trifft die Regierung, wenn sich die Verwaltung nicht an politische Vorgaben des Parlamentes hält?
6. Welchen Stellenwert misst die Regierung den parlamentarischen Bemerkungen bei?

Da diese Arbeiten noch immer am Laufen sind, die Beschlüsse des Kantonsrates aber im Mai gefasst wurden, erachten wir die Dringlichkeit als gegeben.

*Omlin Marcel*  
Odermatt Robert  
Britschgi Nadia  
Zwimpfer Fredy  
Hartmann Armin  
Müller Guido  
Müller Pius  
Graber Christian  
Dickerhof Urs

Kunz Benjamin  
Luternauer Guido  
Bachmann Moritz  
Kälin Erhard  
Habermacher Roland  
Stöckli Ruedi  
Keller Daniel  
Winiker Paul  
Thalmann-Bieri Vroni